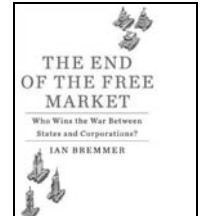


Die Leviathan AG – Siegt der Staatskapitalismus?

Roland Sturm



Roland Sturm



Ian Bremmer:
The End of the Free Market. Who Wins the War Between States and Corporations?, New York: Portfolio 2010, 230 S.

Mit dem Scheitern der sozialistischen Planwirtschaft schien die Frage nach der besten Wirtschaftsordnung beantwortet: Der Kapitalismus hatte gesiegt. Der Historiker Francis Fukuyama rief gar das „Ende der Geschichte“ aus. Er betrachtete die westlichen liberalen Demokratien, die bürgerliche Freiheiten mit Marktfreiheit kombinieren, als alternativlos. Ein etwas intensiverer Blick auf die Wirtschaftsverfassungen in Europa und den USA machte allerdings rasch klar, dass es durchaus weiterhin Spielräume für Variationen der Wirtschaftsordnungen gab. Der französische Banker Michel Albert popularisierte den Gegensatz von Rheinischem Kapitalismus, also einer dem wohlfahrtsstaatlichen Staatseingriff verpflichteten Wirtschaftsordnung, und dem angelsächsischen Kapitalismus, also einer der individuellen Eigenverantwortung verpflichteten Wirtschaftsordnung. In den Sozialwissenschaften wurde intensiv über „Varieties of Capitalism“ diskutiert, und mit Linnéschem Eifer wurden Kapitalismusformen klassifiziert.

Das, so Ian Bremmer, waren aus heutiger Sicht wenig erfolgversprechende Sandkastenspiele. Denn zwei wesentliche Voraussetzungen für den Siegeszug der westlichen Wirtschaftsordnung haben sich verändert. Zum einen hat die Finanzkrise seit 2008 die Frage nach der Rolle des Staates in der Wirtschaft neu gestellt. Vor allem aber, und dies ist bei weitem wichtiger, gibt es inzwischen für die Weltwirtschaft unentbehrliche und entsprechend einflussreiche Staaten, die nicht ausschließlich auf das Modell des freien Marktes ohne Staatseingriffe setzen. In erster Linie sind hier die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) und die arabischen Ölstaaten zu nennen. Neun der dreißig größten Firmen weltweit kommen aus diesen Staaten. Die vier größten Banken der Welt sind im chinesischen Staatsbesitz. In diesen Unternehmen dominiert der Staat als Aktienbesitzer. Damit ist die frühere Befürchtung, Nationalstaaten würden durch multinationale Konzerne in den Hintergrund gedrängt, sie seien machtloser und einflussärmer, gegenstandslos. Nun ist es der Staat selbst, der wichtige Unternehmen kontrolliert. Ist also der Staatskapitalismus das Modell der Wirtschaftsordnung der Zukunft?

Ian Bremmer meint nein, bzw. er hielte ein ja für alles andere als wünschenswert. Er räumt aber ein, dass wir es in den nächsten Jahrzehnten weiterhin mit einem kraftvollen Staatskapitalismus zu tun haben werden, solange nicht doch noch durch die innere Demokratisierung der staatskapitalistischen Länder sich die westliche Wirtschaftsordnung durchsetzt. Dies führt uns zu einem anderen Irrtum früheren Nachdenkens über den Zusammenhang von Demokratie und Kapitalismus. Nach dem Ende des Kommunismus gingen viele Kommentatoren davon aus, dass der Kapitalismus quasi automatisch Demokratie nach sich ziehen würde. In Russland sah man unter Boris Jelzin einen Vorsprung der Demokratie vor der noch von Oligarchen dominierten Wirtschaftsordnung. In der sozialistischen Marktwirtschaft Chinas schien sich das umgekehrte Problem zu stellen: Offene Märkte, aber – endgültig nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking – keine Demokratie.

Die Entwicklung Russlands und Chinas konvergierte dann tatsächlich, aber nicht in Richtung Demokratie, sondern in Richtung Staatskapitalismus. Vladimir Putin entmachtete die Oligarchen (erinnert sei an das Schicksal des immer noch inhaftierten Jukos-Chefs Michail Chodorkowskis), erzwang eine dominierende Rolle des Staates in den wichtigsten Unternehmen des Landes, wie Gazprom, Rosneft (Öl) oder Norilsk Nickel (ein Fünftel des Nickelvorkommens weltweit) und nutzte diese Position als finanzielle Ressource und außenpolitische Waffe (Gaskonflikt mit der Ukraine und Weißrußland). In China ist die Verknüpfung des Staates mit der Wirtschaft weniger eine Sache persönlicher Privilegien als Ausfluss einer Strategie staatlicher Wirtschaftssteuerung. Die chinesische Regierung subventioniert Staatsunternehmen, um ihnen im wirtschaftlichen Wettbewerb Vorteile zu verschaffen. Die Staatsunternehmen erhalten, insbesondere bei ihrer weltweiten Suche nach Rohstoffen für die rasch wachsende chinesische Wirtschaft, die volle politische Unterstützung der Regierung ihres Landes. Und schließlich pflegen diese in Weltgegenden, wie Iran, Sudan, Burma oder Zimbabwe, in denen westliche Unternehmen aus ethischen und politischen Gründen nicht präsent sein können bzw. dürfen, beste Geschäftsbeziehungen.

Staatskapitalismus ist, wie Bremmer zeigt, keine russisch-chinesische Besonderheit. Es gibt ihn weltweit. In Saudi-Arabien dominiert der Besitz der Familie al Saud die Wirtschaft. Die im Staatsbesitz befindliche Saudi Aramco ist die weltgrößte Ölgesellschaft. Die Saudi Arabian Monetary Agency (SAMA) steuert als Staatsfonds die Auslandsinvestitionen des Landes. In Indien sind noch immer mehr als die Hälfte der vierzig größten Gesellschaften des Landes in Staatsbesitz. In Nigeria ist die Regierung von den Einnahmen der staatlichen Nigerian National Petroleum Corporation (NNPC) abhängig, eine ähnliche Rolle spielt Petróleos Mexicanos (Pemex) in Mexiko oder Petrobras in Brasilien. Weltweit treten Staatsfonds unterschiedlicher Länder als Investoren auf und kaufen sich in europäische, amerikanische oder japanische Unternehmen ein. Wirtschaftsgipfel der früheren Wirtschaftsweltmächte, der G7, sind sinnlos geworden. Inzwischen treffen sich die G20, also einer Wirtschaftselite einschließlich der staatskapitalistischen Ökonomien.

Die Logik des Staatskapitalismus ist jedoch einer seiner Schwächen. Das Wirtschaftsgeschehen wird im Staatskapitalismus letztendlich nicht nach Effi-

zienz- und Rentabilitätskriterien betrachtet, sondern nach den von Regierungen definierten Zielen. Diese sind Ziele der Innen- und der Außenpolitik. Der Staatskapitalismus ist am stärksten in autoritären und diktatorischen Regimen. Hier geht es innenpolitisch darum, die politische Herrschaft zu stabilisieren: in Saudi-Arabien durch eine Reichtumsverteilungspolitik, in China durch das Herstellen einer Balance zwischen gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklung („harmonische Gesellschaft“), in Russland durch die staatliche Entwicklungspolitik. Außenpolitisch hat der Staatskapitalismus China inzwischen auf Augenhöhe mit den USA gebracht, denn ohne die chinesische Finanzierung amerikanischer Staatsanleihen wären die USA pleite. Russland, Saudi-Arabien und alle anderen Öl- und Gasstaaten können ihre Rohstoffe zur politischen Waffe machen. Und auch „exotischere“ politische Abenteuer vermag der Staatskapitalismus zu finanzieren, wie Hugo Chavez in Venezuela oder Muammar al Ghaddafi in Libyen bewiesen haben. Die Ausrichtung des Staatskapitalismus an politischen Zielen kann auch Ressourcennationalismus und Protektionismus zur Folge haben. Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit sind vom Staatskapitalismus nicht zu erwarten. Deshalb finden wir diesen weltweit auch nicht flächendeckend in allen Bereichen der Wirtschaft eines Landes. Je demokratischer ein Land ist, desto geringer ist der Grad des staatskapitalistischen Zugriffs auf dessen Wirtschaft, so Bremmer.

Wie sollte man mit dem Staatskapitalismus umgehen? Bremmer nennt sieben Strategien, die aber alle insgesamt eher defensiv als offensiv sind. Wir sollten uns also besser auf die gegenwärtige und zukünftige Politisierung der (Welt-) Wirtschaft einstellen (auch in der politischen Bildung!). Bremmer empfiehlt den nicht-Staatsunternehmen, sich ökonomische Nischen zu suchen, die nicht von weltweit agierenden Staatsunternehmen besetzt sind. Er möchte, dass sich die Verteidiger der Marktwirtschaft, insbesondere auf der politischen Linken in Europa und den USA, stärker zu Wort melden. Er plädiert für Freihandel und gegen den Protektionismus, der als Folge der Finanzkrise auch in den USA (Buy American) Plausibilität gewann. Er setzt sich dafür ein, Investitionen von Staatsfonds staatskapitalistischer Länder zuzulassen, auch der Glaubwürdigkeit der westlichen Prinzipien des freien Marktes willen. Ebenso offen sollte die Tür für Einwanderung bleiben. Dies bedeutet nach Bremmers Meinung nicht, konfliktscheu zu sein. So sollte beispielsweise die politisch manipulierte Unterbewertung der chinesischen Währung (Yuan) weiterhin ein Thema bleiben oder die Verletzung der Patentrechte durch China. Die USA sollten weiterhin darin investieren, die stärkste Militärmacht der Welt zu bleiben, um den weltweiten freien Handel garantieren zu können. China und die USA sieht Bremmer in einem „ökonomischen Gleichgewicht des Schreckens“. Beide können einander wirtschaftlich zerstören und gerade deshalb wird dies, analog zum Gleichgewicht des Schreckens im Kalten Krieg, nicht geschehen. Aus heutiger Sicht hat vor allem China den Schlüssel zur Prosperität der westlichen Welt. Immer mehr stellt sich aber die Frage, zu welchem Preis.